

Hölck wieder in den Landtag - Bildung muss Vorrang haben !



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Alle Kinder und Jugendlichen sind uns gleich wichtig und wertvoll. Deshalb treten wir Sozialdemokraten für gleiche Bildungschancen, für hohe Bildungsqualität, für individuelle Förderung und lebenslanges Lernen ein. Daher wollen wir, dass auch bei sinkenden Schülerzahlen möglichst viel Geld im Bildungsetat bleibt. Wenn ich nach der Landtagswahl am 6. Mai den Wahlkreis Wedel-Uetersen-Elbmarschen wieder in Kiel vertreten darf, werde ich mich dafür einsetzen, dass Bildung Priorität hat. Wenn wir in diesem Bereich Geld ausgeben, investieren wir in die Zukunft unseres Landes. Alle Kinder und Jugendlichen haben einen Anspruch auf bestmögliche individuelle Förderung im Schulsystem. Aber mit diesem Anspruch sieht es immer noch schlecht aus. Laut einer ganz aktuellen Studie haben Kinder aus armen Familien und aus Migrantenfamilien eine wesentlich schlechtere Chance, nach der Grundschule aufs Gymnasium zu gehen als Kinder aus reichen Familien und von Akademikern! Das ist in Bayern und Baden-Württemberg so, aber leider auch in Schleswig-Holstein. Das können wir uns nicht leisten! Wir müssen auch unbedingt die Schulabbrecherquote drastisch reduzieren.

Bis zum Jahr 2020 werden wir vermutlich 20 Prozent weniger Schüler haben. Das sind ca. 60.000 Schülerinnen und Schüler oder 100 Schulen weniger. Deshalb will die CDU/FDP-Landesregierung 3.650 Lehrerstellen bis 2020 streichen. 600 Lehrerstellen sind bereits der Kürzung zum Opfer gefallen. Damit wir eine bessere Unterrichtsqualität erreichen und genügend Fördermaßnahmen möglich sind, wollen wir mindestens die Hälfte der Lehrer an den Schulen lassen, die sonst ei-

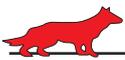
gentlich entbehrlich wären durch den Schülerrückgang. Wir müssen uns von der CDU dafür kritisieren lassen, dass das nicht finanzierbar ist. Ich kann das nicht mehr hören. Den Hoteliers wurde die Mehrwertsteuer erlassen, das kostet das Land jährlich 60 Millionen Euro, dafür ist Geld vorhanden. Immer wenn es um Investitionen in Bildung geht, heißt es dann von den Konservativen, dass können wir uns nicht leisten.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass es auf Bundesebene eine Reform des Steuersystems gibt. Ziel muss die dauerhafte und langfristige Finanzierung der Aufgaben des Staates sein. Deshalb mache ich mich dafür stark, dass diejenigen mit den höchsten Einkommen und Vermögen einen stärkeren Beitrag leisten. Die gerechte Besteuerung von Arbeit und Kapitalerträgen ist ein wichtiger Bestandteil, um die Belastung der Menschen nach ihrer individuellen Leistungsfähigkeit sicherzustellen. Das Land muss unbedingt weniger ausgeben und Schulden abbauen, aber es braucht auch eine solide Einnahmehasis. Deshalb versichere ich Ihnen: Neue Aufgaben werden wir als **SPD** in den nächsten Jahren grundsätzlich nur übernehmen, wenn sie dauerhaft gegenfinanziert sind. Wenn wir Geld in die Bildung stecken, können Sie sich darauf verlassen, dass wir es an anderer Stelle einsparen.

Die **SPD** möchte erreichen, dass auch der Bund wieder in die Pflicht genommen wird und in schulische Bildung, in gute frühkindliche Bildung, in Ganztagschulen und Schulsozialarbeit investiert. Nur so können wir verhindern, dass die Bildungschancen unserer Kinder in einem finanziellen Wettlauf zwischen reicheren und ärmeren Ländern in der Bundesrepublik verteilt werden. Dazu gehört für mich auch, dass die Einkommen und die Arbeitsbelastungen von Lehrerinnen und Lehrern



Thomas Hölck und Torsten Albig



in allen Ländern der Bundesrepublik vergleichbar bleiben. So können wir den wirtschaftlichen Konkurrenzkampf der Länder um die besten Pädagogen verhindern. Die SPD wird sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildungspolitik aufgehoben wird. Gute Bildung muss es von Anfang an geben. Deshalb liegt mir der Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren besonders am Herzen. Außerdem setze ich mich für mindestens ein beitragsfreies Kita-Jahr ein.

Was die Schülerbeförderungskosten angeht: Mit einer SPD-geführten Landesregierung wird die Verpflichtung

der Kreise zur Erhebung eines Elternbeitrags wieder abgeschafft werden. Eine Bitte noch: Gehen Sie am 6. Mai zur Wahl und machen Sie Ihr Kreuz bei einer demokratischen Partei.

Bei allem auch manchmal verständlichen Unmut über Parteien und Politiker dürfen wir trotzdem Nazis keine Chance lassen! Denken Sie bitte an die Gräueltaten der Zwickauer Terrorzelle.

Ich zähl' auf Sie!

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Hölck
Landtagskandidat

Der „Kommunale“ Rettungsschirm . . . und die Folgen für Uetersen

Liest man diese Überschrift, denkt man unwillkürlich an Griechenland.

Aber haben Uetersen oder auch andere betroffenen Kommunen wie Pinneberg und Elmshorn tatsächlich über ihre Verhältnisse gelebt?

Diese Frage kann man eigentlich mit nein beantworten, denn die Entstehung dieser Defizite rührt daher, dass in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer neue Aufgaben (mit den entsprechenden finanziellen Auswirkungen) vom Bund oder auch vom Land beschlossen wurden, ohne dass der Stadt entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt worden sind. Auch der Kreis Pinneberg hat sich in bestimmten Bereichen (z.B. Schulsozialarbeit) seiner Verantwortung entzogen, so dass auch hier Mehrbelastungen entstanden sind.

Viele dieser Beschlüsse betreffen den sozialen Bereich oder auch den Bereich der Schulen. Ein Beispiel hierfür ist das Programm zum Ausbau der Krippenplätze, bei dem die Kommunen bestimmte Quoten erfüllen müssen. Es entstehen jedoch schon bei den Baukosten die ersten unerwarteten Mehrausgaben. Eigentlich soll die Kommune nur ein Drittel der Baukosten aus dem Stadtsäckel bestreiten. Da aber die Entwicklung der Baukosten nicht berücksichtigt wurde und es einen Höchstförderbetrag pro Krippen- bzw. Kindergartenplatz gibt, lag der städtische Anteil beim Neubau der Krippen in Hus Sünnshien bei über 40 %.

Auch der Anteil der weiteren Kosten für die Kindertagesstätten (z.B. Personalkosten) macht mittlerweile einen Betrag von 1 Mio. Euro im städtischen Haushalt aus.

Welche Möglichkeiten bietet der Kommunale Rettungsschirm der Stadt Uetersen?

In den Genuss der Mittel kommen nur Kommunen mit einem über Jahre aufgelaufenen strukturellen Defizit. Die Stadt Uetersen wird aus dem Programm nach heutigem Stand Finanzmittel in Höhe von jährlich 2,2 Mio. Euro erhalten, aber wir (die Stadtvertretung) müssen im Gegenzug dafür jährlich 440.000 Euro einsparen. Und diese Einsparungen können vermutlich nur im Rahmen der freiwilligen Leistungen, beim Schließen von Einrichtungen und bei der Reduzierung von Personalkosten erbracht werden.

Das Land Schleswig-Holstein hat bestimmte Vorgaben beschlossen, die von der Kommune als Voraussetzung erfüllt werden müssen, um an die Mittel heran zu kommen. Die Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer müssen auf die vom Land geforderten Durchschnittsätze des Landes erhöht werden.

Verkauft die Stadt Uetersen Grundstücke, wird der Verkaufserlös nicht als Einsparung berücksichtigt, sondern nur die Zinsersparnis, die mit 4 % der Kaufpreissumme angesetzt wird.

Derzeit müsste auch die Straßenausbaubeitragssatzung angepasst werden, denn nach gegenwärtigem Stand wären 85 % der Kosten auf die Anlieger umzulegen.

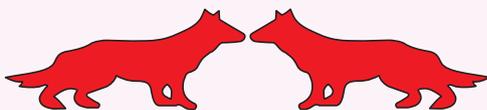
Im zweiten Quartal stehen die Stadtvertreter somit vor einer schwierigen Aufgabe, denn alle Ausgaben müssen einer kritischen Betrachtung unterzogen werden und auch über die Möglichkeiten, weitere Einnahmen zu erzielen, muss nachgedacht werden.

Ein kleines Fazit zum Schluss: Gerade die Gruppierungen, die sich in den letzten Jahren geweigert haben, die Grundsteuern bzw. Gewerbesteuern rechtzeitig den Forderungen des Landes anzupassen, waren die ersten, die beim Kommunalen Rettungsschirm mitmachen wollten. Dadurch sind der Stadt Einnahmen in Höhe von rd. 3 Mio. Euro an Fehlbedarfszuweisungen und ersparten Zinsen etc. entgangen.

Politik - eine Unbekannte?

Sie möchten...

- sich informieren
- mal gucken
- Ihre Ideen einbringen
- sich einmischen
- sich für andere einsetzen
- ...



Schnuppern erwünscht!

Einfach anrufen (0 41 22) 16 34 oder www.spd-uetersen.de
Eine Mitarbeit ist auch ohne SPD-Mitgliedschaft möglich!

Drei Stolpersteine gegen das Vergessen

Uetersen ist die 724. Gemeinde in Deutschland, in der jetzt Stolpersteine für Opfer des Nationalsozialismus durch den Kölner Künstler Gunter Demnig verlegt wurden. Sie wurden am 02. März verlegt. Der erste Stolperstein in der Lohe 44 erinnert an **Johann Britten** (1904-1945). Hans Britten wurde im März 1933 zum Stadtvertreter für die KPD gewählt, konnte sein Mandat jedoch nie ausüben, weil die Partei von den Nazis verboten wurde. Im Sandweg 14 erinnert der zweite Stolperstein an **Arthur Sorg** (1901-1937) und der dritte in der Katharinenstraße 7 erinnert an **Wilhelm Vollstedt** (1888-1942); beide waren Arbeiter und haben sich ebenfalls politisch in der KPD in Uetersen engagiert.

Die Verlegung der Stolpersteine wurde von etlichen Bürgerinnen und Bürgern begleitet. Die Bürgermeisterin Andrea Hansen sprach Begrüßungsworte und die Paten stellten das Schicksal der Opfer vor. Musikalisch umrahmt wurde die Zeremonie von einem Quintett des Bläserkreises Uetersen-Tornesch unter Leitung von Martin Deyhle.

Die Patenschaft für den Stolperstein Britten hat die **SPD-Fraktion** der Ratsversammlung Uetersen übernommen, die Patenschaften für die Steine für Sorg und Vollstedt Schüler der Klassen 10 d und 9 e des Ludwig-Meyn-Gymnasiums.

Der Künstler Gunter Demnig hielt abends in der Kleinen Stadthalle in Uetersen einen Vortrag über sein Projekt, das in ganz Deutschland große Beachtung findet. Im Rahmen der Veranstaltung haben auch die „Paten“ der Uetersener Stolpersteine für Johann Britten, Arthur Sorg und Wilhelm Vollstedt über das Leben und Sterben der NS-Opfer gesprochen. Eine Ausstellung von Dokumenten der Zeit ergänzte das Programm. Für die musikalische Begleitung sorgte Tobias Müller am Flügel.

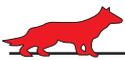
Die Initiative für die Stolperstein-Verlegung ist von der „Geschichtswerkstatt“ ausgegangen, die sich auf Anregung des **SPD-Ortsvereins** im Sommer 2010 gefunden hat. In ihr arbeiten Bürgerinnen und Bürger unterschiedlichen Alters zusammen. Sie leisten durch eigene Recherchen, die Befragung von Zeitzeugen, die Auswertung vorhandener Literatur und die Einbeziehung von Forschungsarbeiten einen Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte und zum Schutz der Demokratie in Uetersen.

Bereits 2011 wurden zwei Veranstaltungen zu Ursachen und Folgen der Nazi-Herrschaft durchgeführt. U.a. wurde an das Schicksal des letzten frei gewählten Bürgermeisters, Heinrich Wellenbrink, erinnert. Die Rolle der Medien in der Nazi-Zeit bildete einen weiteren Themenschwerpunkt.

Künftig werden wir uns weiterhin mit dem Schicksal von Opfern des Nationalsozialismus befassen. Auf Kreiserebene arbeiten wir eng mit der Initiative „Arbeitskreis Spurensuche“ zusammen, der unter dem Titel „Orte der Erinnerung“ ein Webseiten-Projekt über die NS-Geschichte im Kreis Pinneberg anstrebt.

Wer in der „Geschichtswerkstatt“ mitarbeiten möchte, kann sich bei Erhard Vogt (04122-901521) melden.





Unser Kurs: Gerechtigkeit und neues Vertrauen

Wir werden Schleswig-Holstein gut regieren. Vernünftig. Verlässlich. Vertrauensvoll. Unser Land braucht eine starke Landesregierung mit Ideen und Perspektiven für unsere Zukunft. Eine Landesregierung mit Leidenschaft, mit Mut und mit Weitsicht. Wir gestalten die moderne Bürgergesellschaft in Schleswig-Holstein. Im Dialog mit den Menschen arbeiten wir offen, kreativ und transparent.

Wir schaffen ein soziales und solidarisches Schleswig-Holstein. Ein Land in dem niemand zurückgelassen wird und in dem die Menschen füreinander eintreten. Dafür steht die **SPD** Schleswig-Holstein mit ihren Kandidatinnen und Kandidaten.

Informationen zum Regierungsprogramm 2012-2017 finden Sie unter www.spd-schleswig-holstein.de

Nicht vergessen:

Am 6. Mai 2012 sind Wahlen zum Schleswig-Holsteinischen Landtag.

Gehen Sie wählen und nehmen Sie Ihr Bürgerrecht wahr!

Sie haben 2 Stimmen: Eine Erststimme für Ihren Abgeordneten im Wahlkreis und eine Zweitstimme für die Landesliste einer Partei.

Wählen Sie mit der Erststimme **Thomas Hölck** als Abgeordneten des Wahlkreises 24 und mit der Zweitstimme die **SPD** auf Landesebene, damit **Torsten Albig** Ministerpräsident wird!

Unser Wahl-Taxi

Sie wissen nicht, wie Sie in Ihr Wahllokal kommen?

Wir helfen Ihnen und fahren Sie hin. Melden Sie sich bei **Erhard Vogt, Tel. 90 15 21**



Termine

■
Landtagskandidat Thomas Hölck im persönlichen Gespräch auf dem Wochenmarkt am 13.04., 20.04., 27.04. und 04.05.12

■
Kommunalpolitische Radtour am 28.04.12 - Start 14 Uhr am Rathaus, ab 16 Uhr Grillen auf dem Grillplatz Heidgrabener Straße

■
Wahlparty am 06.05.12, ab 18 Uhr in Ladiges Gasthof in Holm

■
Bücherflohmarkt auf dem Rosenfest am 01.07.2012 - jedes Buch € 1,- zu Gunsten der Friedrich-Ebert-Schule

■
ROTFOX Nr. 25 im 10. Jahrgang, Auflage: 8.000 Exemplare

Herausgeber und ViSdp: SPD-Ortsverein Uetersen
Ingo Struve, Meisenweg 2, 25436 Uetersen,
Tel. 04122 / 1634, www.spd-uetersen.de

Redaktionsteam: Heike Baumann, Jan Baumann,
Kay-Uwe Dohrn, Ingo Struve und Erhard Vogt

Druck: Graphische Werkstatt Uetersen GmbH